

# HESSISCHER LANDTAG

29. 06. 2023

Plenum

## Dringlicher Entschließungsantrag

## Fraktion der AfD

70 Jahre Volksaufstand - Hessen versagt beim würdigen Gedenken

### Der Landtag wolle beschließen:

- Der Hessische Landtag stellt fest, dass sich am 17. Juni 1953 rund eine Millionen Menschen in Ost-Berlin und der DDR gegen Diktatur, Sozialismus, Einparteienherrschaft, Unrechtsstaat und deutsche Teilung erhoben. Obwohl die Proteste weitestgehend friedlich verliefen, wurden sie mit Gewalt und repressiven Maßnahmen niedergeschlagen. Hierbei verloren etwa 50 Menschen ihr Leben, etwa 15.000 wurden festgenommen. Bis Ende Januar 1954 wurden 1.526 Angeklagte zu teils drakonischen Strafen verurteilt.
- 2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass der 17. Juni 1953 für Deutschland ein besonderes Symbol des Freiheitswillens sowie des Kampfes gegen totalitäre Herrschaftssysteme und Unterdrückung steht.
- 3. Der Hessische Landtag stellt fest, dass es einer Landesregierung unwürdig ist, den 70. Jahrestag eines geschichtsträchtigen Ereignisses wie dem Volksaufstand in der DDR gegen sozialistische Diktatur derartig zu ignorieren.
- 4. Der Hessische Landtag stellt fest, dass es für das Land Hessen mit einer früheren Grenze zum Unrechtstaat DDR unwürdig ist, sich nicht an der Kranzniederlegung am Berliner Friedhof Seestraße beteiligt zu haben.
- 5. Der Hessische Landtag stimmt der Aussage von Ministerpräsident Boris Rhein zu, wonach er die DDR als Unrechtstaat bezeichnet hat.
- 6. Der Hessische Landtag stellt fest, dass Ministerpräsident Boris Rhein während seiner Zeit als Minister für Wissenschaft und Kunst es entgegen seiner öffentlichen Aussagen versäumt hat, sich stärker dafür einzusetzen, dass das allgemeine Unrecht in der DDR und speziell das um den Volksaufstand stärker in die Öffentlichkeit getragen wird.
- 7. Der Hessische Landtag stellt fest, dass Ministerpräsident Boris Rhein sich auch als hessischer Landesherr für die unter 6. genannten Punkte nicht einsetzt.

### Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 29. Juni 2023

Der Parlamentarische Geschäftsführer: Dr. Frank Grobe